

Klimakartelle planen die Abschaffung von Einfamilienhäusern und Privatautos

geschrieben von Chris Frey | 13. März 2023

Larry Bell

Allysia Finley, die regelmäßig für das Wall Street Journal schreibt, veröffentlichte vor ein paar Wochen einen [Artikel](#) mit dem Titel „*The Climate Crusaders Are Coming for Electric Cars Too*“ (Die Klimakreuzritter zielen auch auf Elektroautos), eine Prophezeiung, die mit einem besorgniserregenden Trend zur sozialen Kontrolle übereinstimmt, den auch ich beobachtet habe.

Es ist nicht so, dass „grüne“ Lobbys die nötige öffentliche Unterstützung haben, um die meisten von uns dazu zu bringen, Freiheiten, die wir für selbstverständlich halten, gegen ihre verzauberten „progressiven“ Visionen einer Ameisenfarm-Utopie einzutauschen – zumindest noch nicht – aber man sollte sie auch noch nicht auf der Rechnung haben.

Frau Finley bezog sich auf einen Bericht der Universität von Kalifornien, Davis, und eines Netzwerks von Akademikern und Politikexperten mit der Bezeichnung „Klima- und Gemeinschaftsprojekt“ mit der Schlussfolgerung, dass die Erreichung der Netto-Null-Klimaziele der Linken zur Rettung des Planeten einige wirtschaftliche und soziale Veränderungen erfordern könnte, die wir vielleicht nicht als Teil des Deals erkannt hätten.

Wie zum Beispiel die „Verdichtung von Vorstädten mit geringer Dichte, während mehr Menschen in städtischen Gebieten mit hoher Dichte leben können“, was gleichzeitig den öffentlichen Nahverkehr nützlicher und effizienter macht.

Dies wiederum wird die „Abhängigkeit vom Auto“ verringern, was im Wesentlichen durch die Verringerung „finanzieller Subventionen für Privatfahrzeuge“ erzwungen werden kann, z. B. durch das kostenlose Parken auf der Straße und die Erhebung von Gebühren auf Pickups und SUVs (einschließlich Elektroautos).

Ihrer Einschätzung nach wird die „derzeitige dominante Strategie“ des Automobilsektors, die darin besteht, benzinbetriebene Fahrzeuge durch E-Fahrzeuge zu ersetzen, nicht annähernd ausreichen, ohne dass der Besitz und die Nutzung von Autos zurückgehen.

Außerdem, wer braucht sie schon, wenn es all die neuen Elektro-Trolleys und erdgasfreien Effizienzwohnungen gibt, die so beliebt sind?

Abgesehen vielleicht von einigen von uns, die sich fragen, woher der ganze Strom kommen soll.

[PJM Interconnection](#), einer der größten Netzbetreiber des Landes, prognostiziert, dass die derzeitige, auf unzuverlässige und unzureichende erneuerbare Energiequellen setzende Regierungspolitik die Stromversorgung in 13 östlichen Bundesstaaten in seinem 65-Millionen-Kundengebiet in die Gefahr eines „Energieungleichgewichts“ (Engpässe und Stromausfälle) bringt, während der Strombedarf weiter steigt.

Dieser Umstand verschlimmert sich noch, da Kohle- und Gaskraftwerke vor allem aufgrund der politisch bedingten hohen Kosten für die Einhaltung der EPA-Vorschriften der Biden-Regierung in den Ruhestand gehen. Dazu gehört auch die vorgeschlagene „Good Neighbour Rule“, die noch in diesem Monat verabschiedet werden soll und etwa 10.500 MW an fossilen Kraftwerken zur Stilllegung zwingen wird.

Hinzu kommt der [Druck](#) aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG), der Investitionen in Kohlekraftwerke zunichte macht. Die Klimapolitik von Illinois und New Jersey wird voraussichtlich zu einem erheblichen [Verlust](#) von 8900 MW führen.

Zusätzlich zu den Versorgungsengpässen ist zu bedenken, dass unsere alternden Stromnetze nur eine begrenzte Kapazität haben, um die sich rasch verändernde Stromnachfrage und -abhängigkeit in den Bereichen Verkehr (öffentlicher Verkehr und Elektrofahrzeuge), Hausklimatisierung (Heizung und Kühlung), Mobiltelefone und Computer sowie elektrifizierte Lebensstile im Allgemeinen zu bewältigen.

Nach [Angaben](#) des Wall Street Journal gab es in den USA im Jahr 2000 weniger als zwei Dutzend größere Stromausfälle, während es im Jahr 2020 mehr als 180 waren.

Was die anderen bereits erwähnten besorgniserregenden Trends betrifft, so hat die Biden-Regierung vorgeschlagen, dass das Ministerium für Wohnungswesen und Stadtentwicklung eine „Affirmatively Furthering Fair Housing“-Regel (AFFH) aus der Obama-Ära wieder einführt, die es der US-Bundesregierung im Wesentlichen erlaubt, der lokalen Flächennutzungs- und Bebauungspolitik für Einfamilienhäuser vorzugreifen.

AFFH hatte Anlass zu zahlreichen rechtlichen Anfechtungen gegeben – nicht wegen der anerkannten legitimen Vorzüge des Verbots von Diskriminierung im Wohnungswesen aufgrund von Rasse, Religion, nationaler Herkunft, Geschlecht (und in der geänderten Fassung) Behinderung und Familienstand – sondern vielmehr wegen der Ausweitung der Kontrolle der Bundesregierung über die unabhängige lokale Verwaltung in einem wirklich drakonischen Ausmaß.

Als [Bedingung](#) für den Erhalt von Bundeshilfe gab das AFFH dem HUD die Macht, jede Gemeinde, die Bundesmittel aus Steuergeldern erhielt, zur Einhaltung von Quoten für die Rassenverteilung zu zwingen.

AFFH verstieß auch gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, in dem bekräftigt wurde, dass der Fair Housing Act „kein Instrument ist, um Wohnungsbehörden zu zwingen, Prioritäten neu zu ordnen“ oder „eine bestimmte Vision der Stadtentwicklung zu verordnen“.

Nichtsdestotrotz, ob verboten oder nicht, erlebte der Bezirk Westchester County im Bundesstaat New York eine kostspielige illustrative Geschichte nach einer Klage, in der behauptet wurde, dass das Vorstadtdorf Tuckahoe nicht mit der sozialtechnischen „Vision“ des HUD übereinstimmt.

Die grundlegende Flächennutzungspolitik von Westchester wurde auf der Grundlage von Bebauungsbeschränkungen wie Gebäudehöhe und Flächendichte als rassistisch „ausgrenzend“ eingestuft.

Einfamilienhäuser auf 100 m²-Grundstücken wurden als potenziell „diskriminierend“ eingestuft – angeblich, weil sich Angehörige von Minderheiten diese nicht leisten könnten.

Das HUD könnte sich hier auf ausgrenzende Häuser in Westchester County bezogen haben, wie das 1,7 Millionen Dollar teure 11-Zimmer-Kolonialhaus in Chappaqua, das 1999 von Bill und Hillary Clinton gekauft wurde.

Apropos New York: Die demokratische Gouverneurin Kathy Hochul hat in ihrer [Rede](#) zur Lage des US-Staates am 5. Januar 2022 einen Plan zur Abschaffung der Gesetze für Einfamilienhäuser und die Verpflichtung der Gemeinden, in Wohngebieten mindestens eine zusätzliche Wohneinheit auf selbst genutzten Grundstücken zuzulassen, vorgestellt.

Kurz gesagt, Wohnungen würden gefördert, und die lokalen Regierungen hätten nicht die Macht, sie zu stoppen.

Und was hat das nun wirklich mit „Klimagerechtigkeit“ zu tun?

Einem [Bericht](#) des *Multidisciplinary Digital Publishing Institute* zufolge sind die Tagestemperaturen in ehemals benachteiligten Stadtvierteln in 108 Städten bis zu 5 K höhere Tagestemperaturen als andere, weil es dort weniger Parks und Bäume gibt und die Nähe zu Industriegebieten, die mehr Strom verbrauchen.

Vermutlich überwiegen in diesen Vierteln die Bevölkerungsgruppen, die die größten Schwierigkeiten haben, ihre Haushalts- und Lebenshaltungskosten zu decken, was direkt auf den grünen Krieg gegen wirtschaftliche fossile Energie zurückzuführen ist.

Kann mir jetzt bitte jemand erklären, wie das Zusammenpferchen von mehr Menschen und die Erhöhung des Strombedarfs zusammen mit der gefährdeten Zuverlässigkeit ihr Leben – das Leben von irgendjemandem – besser machen soll?

This article originally appeared at [Newsmax](#)

Autor: CFACT Advisor [Larry Bell](#) heads the graduate program in space architecture at the University of Houston. He founded and directs the Sasakawa International Center for Space Architecture. He is also the author of „Climate of Corruption: Politics and Power Behind the Global Warming Hoax.“

Link:

<https://www.cfact.org/2023/03/06/climate-cartels-plan-to-cancel-single-family-homes-private-cars/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE